

Verkaufsbedingungen für gebrauchte Fahrzeuge der Alphabet Fuhrparkmanagement GmbH – Unternehmer

Vorbemerkung

Nachfolgende Regelungen gelten für den Verkauf eines gebrauchten Fahrzeuges (nachfolgend auch Kaufgegenstand) durch die Alphabet Fuhrparkmanagement GmbH (nachfolgend Verkäufer) an Unternehmer (nachfolgend Käufer) welcher bei Abschluss des Vertrages in Ausübung seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt.

1. Vertragsabschluss / Übertragung von Rechten und Pflichten des Käufers

1.1

Der Käufer ist an sein Angebot höchstens 14 Tage gebunden. Der Kaufvertrag ist abgeschlossen, wenn der Verkäufer die Annahme des Angebotes des näher bezeichneten Kaufgegenstandes innerhalb der Frist durch Rechnungsstellung zumindest in Textform bestätigt oder die Lieferung ausführt. Der Verkäufer ist jedoch verpflichtet, den Käufer zu unterrichten, wenn er sein Angebot nicht annimmt.

1.2

Der Kaufvertrag wird zu dem im Kaufvertrag angegebenen Zeitpunkt wirksam.

1.3

Übertragungen von Rechten und Pflichten des Käufers aus dem Kaufvertrag bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Verkäufers.

2. Zahlung

2.1

Der Kaufpreis und Preise für Nebenleistungen sind bei Übergabe des Kaufgegenstandes und Aushändigung oder Übersendung der Rechnung zur Zahlung fällig.

2.2

Gegen Ansprüche des Verkäufers kann der Käufer nur dann aufrechnen, wenn die Gegenforderung des Käufers unbestritten ist oder ein rechtskräftiger Titel vorliegt. Hiervon ausgenommen sind Gegenforderungen des Käufers aus demselben Kaufvertrag. Ein Zurückbehaltungsrecht kann er nur geltend machen, soweit es auf Ansprüchen aus dem Kaufvertrag beruht.

2.3.

Der Kaufpreis gilt ab Standort des Fahrzeuges. Die Abholung am Standort des Fahrzeuges erfolgt auf Gefahr und Kosten des Käufers auch dann, wenn die Überführung durch den Verkäufer beauftragt wird.

3. Lieferung und Lieferverzug

3.1

Liefertermine und Lieferfristen, die verbindlich oder unverbindlich vereinbart werden können, sind mindestens per Textform anzugeben. Lieferfristen beginnen mit Vertragsabschluss.

3.2

Der Käufer kann 14 Tage nach Überschreiten eines unverbindlichen Liefertermins oder einer unverbindlichen Lieferfrist den Verkäufer auffordern zu liefern. Mit dem Zugang der Aufforderung kommt der Verkäufer in Verzug. Hat der Käufer Anspruch auf Ersatz eines Verzugsschadens, beschränkt sich dieser bei leichter Fahrlässigkeit des Verkäufers auf höchstens 5 % des vereinbarten Kaufpreises.

3.3

Will der Käufer darüber hinaus vom Vertrag zurücktreten und/oder Schadenersatz statt der Leistung verlangen, muss er dem Verkäufer nach Ablauf der 14-Tages-Frist gemäß Ziffer 2 eine angemessene Frist zur Lieferung setzen. Hat der Käufer Anspruch auf Schadenersatz statt der Leistung, sind Schadenersatzansprüche bei leichter Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Wird dem Verkäufer, während er in Verzug ist, die Lieferung durch Zufall unmöglich, so haftet er mit den vorstehend vereinbarten Haftungsbegrenzungen. Der Verkäufer haftet nicht, wenn der Schaden auch bei rechtzeitiger Lieferung eingetreten wäre.

3.4

Wird ein verbindlicher Liefertermin oder eine verbindliche Lieferfrist überschritten, kommt der Verkäufer bereits mit Überschreiten des Liefertermins oder der Lieferfrist in Verzug. Die Rechte des Käufers bestimmen sich dann nach Ziffer 2 Satz 3 und Ziffer 3 dieses Abschnitts.

3.5

Die Haftungsbegrenzungen und Haftungsausschlüsse dieses Abschnitts gelten nicht für Schäden, die auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verletzung von Pflichten des Verkäufers, seines gesetzlichen Vertreters oder seines Erfüllungsgehilfen beruhen sowie bei Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.

3.6

Höhere Gewalt oder beim Verkäufer oder dessen Lieferanten eintretende Betriebsstörungen, die den Verkäufer ohne eigenes Verschulden vorübergehend daran hindern, den Kaufgegenstand zum vereinbarten Termin oder innerhalb der vereinbarten Frist zu liefern, verändern die in Ziffern 1 bis 3 dieses Abschnitts genannten Termine und Fristen um die Dauer der durch diese Umstände bedingten Leistungsstörungen. Führen entsprechende Störungen zu einem Leistungsaufschub von mehr als vier Monaten, kann der Käufer vom Vertrag zurücktreten. Andere Rücktrittsrechte bleiben davon unberührt.

4. Abnahme

4.1

Der Käufer ist verpflichtet, den Kaufgegenstand innerhalb von 8 Tagen ab Zugang der Bereitstellungsanzeige/KFZ-Freigabe abzunehmen. Im Falle der Nichtabnahme kann der Verkäufer von seinen gesetzlichen Rechten Gebrauch machen.

4.2

Nach Ablauf der 8-Tages-Frist wird der Verkäufer das Fahrzeug auf Kosten und Gefahr des Käufers einlagern. Hierfür berechnet der Verkäufer Standgebühren. Die Standgebühr beträgt 21,- EUR pro Tag (beginnend mit dem 9. Tag nach Zugang der Bereitstellungsanzeige), es sei denn, der Käufer weist nach, dass tatsächlich keine oder nur geringere Kosten entstanden sind.

4.3

Befindet sich der Käufer im Besitz des Kaufgegenstandes, erfolgt die Eigentumsübertragung zum im Kaufvertrag genannten Verkaufs/Leistungsdatum. Einer Bereitstellungsanzeige/KFZ-Freigabe bedarf es nicht.

4.4

Verlangt der Verkäufer Schadenersatz, so beträgt dieser 10 % des Kaufpreises. Der Schadenersatz ist höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer einen höheren oder der Käufer einen geringeren Schaden nachweist.

5. Eigentumsvorbehalt

5.1

Der Kaufgegenstand bleibt bis zum Ausgleich der dem Verkäufer aufgrund des Kaufvertrages zustehenden Forderungen sowie für Forderungen des Verkäufers gegen den Käufer aus der laufenden Geschäftsbeziehung bis zum Ausgleich von im Zusammenhang mit dem Kauf stehenden Forderungen Eigentum des Verkäufers.

Der Eigentumsvorbehalt besteht auch für Forderungen des Verkäufers gegen den Käufer aus der laufenden Geschäftsbeziehung bis zum Ausgleich von im Zusammenhang mit dem Kauf stehenden Forderungen. Auf Verlangen des Käufers ist der Verkäufer zum Verzicht auf den Eigentumsvorbehalt verpflichtet, wenn der Käufer sämtliche mit dem Kaufgegenstand im Zusammenhang stehenden Forderungen unanfechtbar erfüllt hat und für die übrigen Forderungen aus den laufenden

Geschäftsbeziehungen eine angemessene Sicherung besteht. Während der Dauer des Eigentumsvorbehalts steht das Recht zum Besitz der Zulassungsbescheinigung Teil II (Fahrzeugbrief) dem Verkäufer zu.

5.2

Bei Zahlungsverzug des Käufers kann der Verkäufer vom Kaufvertrag zurücktreten. Hat der Verkäufer darüber hinaus Anspruch auf Schadenersatz statt der Leistung und nimmt er den Kaufgegenstand wieder an sich, sind Verkäufer und Käufer sich darüber einig, dass der Verkäufer den gewöhnlichen Verkaufswert des Kaufgegenstandes im Zeitpunkt der Rücknahme vergütet. Auf Wunsch des Käufers, der nur unverzüglich nach Rücknahme des Kaufgegenstandes geäußert werden kann, wird nach Wahl des Käufers ein öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger den gewöhnlichen Verkaufswert ermitteln. Der Käufer trägt sämtliche Kosten der Rücknahme und Verwertung des Kaufgegenstandes. Die Verwertungskosten betragen ohne Nachweis 5% des gewöhnlichen Verkaufswertes. Sie sind höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer höhere oder der Käufer niedrigere Kosten nachweist.

5.3

Solange der Eigentumsvorbehalt besteht, darf der Käufer über den Kaufgegenstand weder verfügen noch Dritten vertraglich eine Nutzung einräumen oder das Fahrzeug ins Ausland verbringen.

5.4

Der Käufer verpflichtet sich, das im Eigentum des Verkäufers stehende Fahrzeug sorgfältig zu behandeln und ausreichend zu versichern. Der Käufer tritt schon jetzt seine Ansprüche gegen den Versicherer an den Verkäufer erfüllungshalber ab.

5.5

Sofern der Verkäufer den Rücktritt nach Ziffer 2 erklärt hat, kann er die Herausgabe des Fahrzeuges verlangen. Der Käufer gestattet dem Verkäufer schon jetzt, zum Zwecke der Inbesitznahme während der üblichen Geschäftszeiten diejenigen seiner Räume zu betreten, in denen das Fahrzeug steht oder vom Verkäufer vermutet wird.

5.6

Nehmen Dritte auf das Fahrzeug Zugriff, lassen sie es insbesondere pfänden, so hat der Käufer den Verkäufer unverzüglich schriftlich zu informieren. Die Kosten einer Widerspruchsklage oder anderer Abwehrmaßnahmen gehen zu Lasten des Käufers, soweit der Dritte sie nicht trägt.

6. Haftung für Sachmängel

6.1

Der Verkauf erfolgt unter Ausschluss jeglicher Sachmängelhaftung.

6.2

Dieser Ausschluss gilt nicht für Schadenersatzansprüche aus Sachmängelhaftung, die auf einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verletzung von Pflichten des Verkäufers oder

seines Erfüllungsgehilfen beruhen sowie bei der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit. Gegebenenfalls noch bestehende Ansprüche gegenüber Dritten aus Sachmängelhaftung werden an den Käufer abgetreten.

6.3

Unabhängig von einem Verschulden des Verkäufers bleibt eine etwaige Haftung des Verkäufers bei arglistigem Verschweigen eines Mangels, aus der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos und nach dem Produkthaftungsgesetz unberührt.

6.4

Für die Abwicklung der Mängelbeseitigung gilt Folgendes:

- a) Ansprüche wegen Sachmängeln hat der Käufer beim Verkäufer geltend zu machen. Bei mündlichen Anzeigen von Ansprüchen ist dem Käufer eine schriftliche Bestätigung über den Eingang der Anzeige auszuhändigen.
- b) Wird der Kaufgegenstand wegen eines Sachmangels betriebsunfähig, kann sich der Käufer mit Zustimmung des Verkäufers an den am Ort des betriebsunfähigen Kaufgegenstandes nächstgelegenen Kfz-Meisterbetrieb wenden, wenn sich der Ort des betriebsunfähigen Kaufgegenstandes mehr als 50 km vom Verkäufer entfernt befindet.
- c) Ersetzte Teile werden Eigentum des Verkäufers.

7. Sonstige Vereinbarungen

7.1

Der Käufer verpflichtet sich, sofern das Fahrzeug noch zugelassen ist, das Fahrzeug unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb drei Werktagen, auf seine Kosten um- oder abzumelden.

7.2

Sofern das Fahrzeug Beklebung oder Lackierungen zum Zwecke der Kenntlichmachung als Firmenfahrzeug, Behördenfahrzeug oder Fahrzeug anderer Organisationen aufweist, ist der Käufer verpflichtet, diese auf seine Kosten unverzüglich zu entfernen. Insbesondere ist eine Bewerbung, Verwertung oder Weiterveräußerung des Fahrzeugs erst nach erfolgter Entklebung des Fahrzeugs zulässig. Hierzu zählt auch die bildliche Darstellung in Angebotsplattformen oder Katalogen.

8. Haftung für sonstige Schäden

8.1

Hat der Verkäufer aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe dieser Bedingungen für einen Schaden aufzukommen, der leicht fahrlässig verursacht wurde, so haftet der Verkäufer beschränkt: Die Haftung besteht nur bei Verletzung vertragswesentlicher Pflichten, etwa solcher, die der Kaufvertrag dem Verkäufer nach seinem Inhalt und Zweck

gerade auferlegen will oder deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Kaufvertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Käufer regelmäßig vertraut und vertrauen darf. Diese Haftung ist auf den bei Vertragsabschluss vorhersehbaren typischen Schaden begrenzt. Soweit der Schaden durch eine vom Käufer für den betreffenden Schadenfall abgeschlossene Versicherung (ausgenommen Summenversicherung) gedeckt ist, haftet der Verkäufer nur für etwaige damit verbundene Nachteile des Käufers, z.B. höhere Versicherungsprämien oder Zinsnachteile bis zur Schadenregulierung durch die Versicherung.

8.2

Die Haftung wegen Lieferverzuges ist in Abschnitt III „Lieferung und Lieferverzug“ abschließend geregelt.

8.3

Ausgeschlossen ist die persönliche Haftung der gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen und Betriebsangehörigen des Verkäufers für von ihnen durch leichte Fahrlässigkeit verursachte Schäden.

8.4

Die Haftungsbegrenzungen dieses Abschnitts gelten nicht bei Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.

9. Geltendes Recht und Gerichtsstand

9.1

Alle Ansprüche der Parteien im Zusammenhang mit dem Kaufvertrag unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des UN-Kaufrechts.

9.2

Für sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche aus der Geschäftsverbindung mit Kaufleuten einschließlich Wechsel- und Scheckforderungen ist ausschließlicher Gerichtsstand der Sitz des Verkäufers.

9.3

Der gleiche Gerichtsstand gilt, wenn der Käufer keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Inland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

9.4

Im Übrigen gilt bei Ansprüchen des Verkäufers gegenüber dem Käufer dessen Wohnsitz als Gerichtsstand.